

Klausur Nr. 2

Thema: Armut und Gerechtigkeit

Aufgabenstellung:

- 1a) Werte die vorliegenden Daten zur Entwicklung der Einkommensverteilung sorgfältig aus. Erkläre in diesem Zusammenhang bitte den methodischen Ansatz bzw. das methodische Konstrukt. [max. 27 Punkte]
- 1b) Untersuche bitte, ob sich anhand der Daten eine Polarisierung feststellen lässt. [max. 8 Punkte]

- 2 Analysiere bitte die Position zur „Politik gegen soziale Ungerechtigkeit“ von DIE LINKE. Untersuche insbesondere das Verständnis von Armut und von Gerechtigkeit. [max. 38 Punkte]

- 3 Erörtere bitte, ob der geforderte Mindestlohn Deiner Einschätzung nach die konstatierte Armut abbauen würde. [max. 27 Punkte]

Viel Glück und Erfolg!!

Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf die Bevölkerung

Nach Dezilen, in Prozent, 2002 bis 2005*

	2002	2003	2004	2005
Arithmetisches Mittel	19.255	18.971	18.744	18.778
Median	16.790	16.728	16.456	16.242
Gini-Koeffizient	0,292	0,292	0,298	0,316
	Anteile am Einkommensvolumen nach Dezilen, in Prozent			
1. Dezil	3,2	3,2	3,1	2,9
2. Dezil	5,2	5,2	5,0	4,8
3. Dezil	6,3	6,3	6,2	6,0
4. Dezil	7,3	7,3	7,3	7,0
5. Dezil	8,4	8,3	8,3	8,0
6. Dezil	9,2	9,4	9,3	9,3
7. Dezil	10,5	10,6	10,6	10,5
8. Dezil	12,1	12,1	12,2	12,1
9. Dezil	14,5	14,6	14,8	14,6
10. Dezil	23,3	23,1	23,3	24,9

* *Einkommen in Preisen von 2000, Äquivalenzgewichtung auf Basis der neuen OECD-Skala.*

Quelle: SOEP; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland

Politik gegen soziale Ungerechtigkeit

Vordringlich ist der Kampf gegen Armut. Mindestens jeder Vierte in Deutschland ist armutsgefährdet - Tendenz steigend. Dies führt immer stärker zu Ausgrenzung, macht sozial einsam und kulturell arm. Die wachsende Armut ist in den Städten und Gemeinden deutlich sichtbar. Versorgungsangebote wie „Tafeln vor Ort“ werden vermehrt nachgefragt.

5 Für diese Entwicklung gibt es drei Hauptgründe: Die Zunahme von Arbeit im Niedriglohnsektor, den Regelsatz des ALG II, den Abbau der sozialen Leistungen - vor allem in sozialen Brennpunkten. Diese Entwicklung in einem der reichsten Länder der Erde halten wir für zutiefst beschämend!

10 In Deutschland können Millionen Beschäftigte nicht von ihrer Arbeit leben und viele erhalten ergänzendes Arbeitslosengeld II. Befristete Beschäftigung und Teilzeitjobs nehmen von Jahr zu Jahr zu. Prekäre Beschäftigung steigt stetig, ALG II-Empfänger werden in 1 Euro-Jobs gezwungen. Dies erhöht den Druck auf die Beschäftigten und schwächt die Gewerkschaften. Damit jeder Mensch in Würde leben kann, muss vordringlich gegen Arbeitslosigkeit und deren sozialen Auswirkungen vorgegangen werden. Hartz IV erhöht den Druck auf die

15 Arbeitslosen, ohne ihnen eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive zu geben. Politik hingegen muss Rahmenbedingungen schaffen, damit existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeitsplätze eingerichtet werden.

Über 3 Millionen Minderjährige gelten als einkommensarm. Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Beschäftigung und Lohndumping machen Familien arm und führen damit auch zu

20 Kinderarmut. Je mehr Kinder, desto ärmer die Familie. Arbeitnehmer mit Kindern verdienen fast ein Fünftel weniger als der Durchschnitt, Alleinerziehende mehr als ein Drittel weniger. Von den Familien mit drei Kindern ist sogar jede dritte armutsgefährdet.

Viele Eltern, können ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen. Hartz IV raubt Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen. Deshalb ist als erster

25 Schritt ein neues Bemessungssystem erforderlich.

Die zunehmende Altersarmut trifft besonders Menschen, die zu einem niedrigen Einkommen gearbeitet haben oder langzeitarbeitslos waren. Hier droht eine starke Zunahme, denn immer mehr Branchen zahlen Stundenlöhne von unter 7 Euro. Auch schlechter bezahlte Zeitarbeit steigt an. Deshalb fordert DIE LINKE gegen Altersarmut einen gesetzlichen

30 Mindestlohn von 8,44 Euro und armutsfeste Renten.

[...]

Die Kommunen müssen sowohl gegenüber „ihren“ Beschäftigten als auch bei der Auftragsvergabe und im Bereich der Wirtschaftsförderung vorbildlich operieren. Dazu gehört, dass sie menschenwürdige, existenzsichernde „gute“ Arbeit fördern statt Mini-Jobs,

35 Niedriglöhne und Leiharbeit.

Wie dringend dies ist, belegt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Anzahl der Langzeitarbeitslosen ist nach wie vor hoch. Außerdem besteht ein großer Teil der zusätzlichen Beschäftigung aus Leiharbeit und Billigjobs, die oft deutlich unter dem von DIE LINKE geforderten Mindestlohn von 8,44 Euro pro Stunde liegen. Die Anzahl der

40 Leiharbeiter hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdreifacht.

Trotz hoher Profitsteigerungen gerade bei den großen Konzernen und Banken ist die Hochkonjunktur der letzten Jahre an den meisten Menschen vorbeigegangen. Die Folgen der Strukturkrisen in Nordrhein-Westfalen sind noch lange nicht überwunden. Die Deindustrialisierung hinterließ in den Landkreisen und Städten des Ruhrgebiets nicht nur

45 viele Brachflächen, sondern ein großes Potential an qualifizierten Menschen. Die Ausweitung des Dienstleistungssektors hat die Probleme nicht gelöst.

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung ist es, den Menschen Möglichkeiten für sinnvolle menschenwürdige Tätigkeiten ohne Zwang anzubieten, von denen sie leben können. Der erste Arbeitsmarkt allein wird diese Aufgabe nicht bewältigen, die Hartz-Gesetze sind dazu völlig ungeeignet. Neben dem Ausbau des gemeinwirtschaftlichen

50 Sektors brauchen wir mehr öffentlich geförderte, sinnvolle gemeinnützige Beschäftigung. Während am gewinnorientierten Markt öffentliche Subventionen die Unternehmensprofite steigern, ohne Marktschwankungen und Rationalisierungsdruck außer Kraft zu setzen,

55 können gemeinnützige Tätigkeiten der solidarischen Selbsthilfe mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gesichert werden.

Das können gerade die Kommunen. Bei sozialen Diensten, in der Bildung, Gesundheit und Pflege, im Öffentlichen Nahverkehr, Wohnungsbau, in der Kulturarbeit und beim Umweltschutz fehlt es an allen Ecken und Enden. DIE LINKE. NRW ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. 60 Dazu gehört der Ausbau eines insbesondere kommunal getragenen Öffentlichen Beschäftigungssektors.

[...]

Mit der Ideologie „Privat vor Staat“ gefährden CDU und FDP die wirtschaftliche Festigung kommunaler Unternehmen und die Zusammenarbeit dieser Unternehmen in einer Region. 65 Die Landesregierung ist dabei, das gewachsene Gefüge öffentlicher Unternehmen zu zerstören.

[...]

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „besser Verdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten 70 müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung.

Wir kämpfen dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für Alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

75 Soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen.

- Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für Alle;
- grundlegende Bedarfssicherung für Alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung;
- 80 • Nein zu den Hartz-Gesetzen, und - solange sie noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen;
- gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung, für Mann und Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte, Sicherheit und Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge statt Ausgrenzung;
- 85 • Zugang zu sozialer und schulischer Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, Ganztagsplätze in Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendliche;
- demokratische Mitwirkung, die Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an grundsätzlichen Entscheidungen, wie der Haushaltsplanung, beteiligt sein.

Wir wollen soziale und lebenswerte Städte und Gemeinden in ganz Nordrhein-Westfalen.

90

Für soziale Gerechtigkeit vor Ort und mehr kommunale Demokratie!

oliver paulin

Quelle: Linke Politik gegen soziale Ungerechtigkeit, Geschrieben am 21.09.08:

<http://www.webnews.de/email/234009/Linke-Politik-gegen-soziale-Ungerechtigkeit.html#comments>